

Hintergrund- und Diskussionspapier

Nr. 66 November 2019

ISSN 1439-2011

Fachgespräch

Syrien zuhören - Zivilgesellschaft zwischen Krieg und Frieden

Samstag, 12. Oktober 2019 in Dortmund



Zusammenfassung

Im Fachgespräch am 12. Oktober 2019 sollten die Auswirkungen des seit 2011 andauernden Krieges auf die syrische Zivilgesellschaft beleuchtet werden.

Erster Referent war Samer al-Hakim, Aktivist bei „Adopt a Revolution“ und „Refukitchen“. Er erklärte, dass der Zustand von vor dem Krieg nicht einfach wiederhergestellt werden könne. Ein einfacher Wiederaufbau reiche nicht aus, zusätzlich seien eine sichere und freiwillige Heimkehr der Vertriebenen und insbesondere eine politische Lösung erforderlich, da das Assad-Regime unterdrückerisch regiert. Auch andere Staaten, die angeblich am Wiederaufbau interessiert sind (z.B. Russland und Iran), vertreten eigentlich ihre eigenen Machtinteressen und nicht die der syrischen Bevölkerung.

Die Lehrerin Nauzat Khalil, die 2015 aus Nordsyrien flüchtete, ging auf die Situation in Rojava (Nordsyrien bzw. Westkurdistan) ein, das immer wieder von der Türkei angegriffen wird, die eine „Pufferzone“ errichten möchte. Durch die Besatzung treten repressive Maßnahmen in Kraft, welche etwa die zuvor relativ weit fortgeschrittene Koexistenz von Religionen und Geschlechtern aufhoben. Sie kritisierte allerdings auch die kurdische Regierung in Rojava. Die PYD (kurdische Partei der demokratischen Union) habe ein einparteiensystem geschaffen und unterdrücke andere politische Ansichten.

Mariana Karkoutly, Juristin für Menschenrechte und Aktivistin bei „Adopt a Revolution“, beschäftigte sich mit der Rolle der syrischen Frauen. Diese seien rechtlich deutlich schlechter gestellt. Bei den Protesten 2011 wurden die meisten teilnehmenden Frauen zum ersten Mal zivilgesellschaftlich aktiv. Viele von ihnen wurden anschließend verhaftet und mussten in der Haft sexuelle Belästigung durchstehen. Um diese Situation zu verbessern, wurden von Exilsyrierinnen zahlreiche Frauenorganisationen gegründet.

Im Abschlussgespräch nach einer Workshopphase wurde deutlich, dass der erste Schritt für einen Wiederaufbau in Syrien ein Ende der Kampfhandlungen sein müsse. Entsprechende Gespräche sollten nach Ansicht vieler Teilnehmenden entsprechend der Grundsätze Ziviler Konfliktbearbeitung ohne jegliche Vorbedingungen geführt werden. Anschließend könne eine verfassunggebende Versammlung stattfinden, sobald Versöhnung zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen erreicht sei. Hierfür sei es wichtig, ein breites Spektrum an Akteur*innen einzubeziehen.

Deutschland solle versuchen, Syrien als eigenständiges außenpolitisches Problem zu behandeln, und nicht lediglich das Interesse verfolgen, zu verhindern, dass Menschen nach Europa fliehen.

Für die deutsche Zivilgesellschaft (insbesondere für Aktive in der Bildungsarbeit) sei es am wichtigsten, Betroffene so gut es geht mit einzubeziehen und ihnen zuzuhören.

Herausgeber:

Bund für Soziale Verteidigung

Schwarzer Weg 8

32423 Minden

Die namentlich gekennzeichneten Beiträge in dieser Dokumentation geben ausschließlich die Meinung der Autor*innen wieder, nicht die des BSV oder des BMZ.

Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 66

Hrsg: Bund für Soziale Verteidigung e.V.

November 2019

ISSN 1439-2011

1,50,- Euro

Das Fachgespräch wurde gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des BMZ im Rahmen des Projekts „Think Peace“ / „Globaler Frieden goes mainstream“.



Inhalt

Inhalt	3
1. Einleitung Elise Kopper.....	4
2. Wiederaufbau in Syrien Vortrag von Samer al-Hakim, Adopt a Revolution	6
Das Dreieck der Wiederherstellung Syriens.....	6
Erwartungen an die deutsche Zivilgesellschaft.....	7
Erwartungen an die deutsche Politik.....	7
3. Die Situation in Nordsyrien (Rojava) Vortrag von Nauzat Khalil.....	8
4. Die Rolle der Frauen Vortrag von Mariana Karkoutly, Adopt a Revolution	9
Die Rolle der Frauen in der Protestbewegung.....	9
Gesetzgebung in Syrien.....	9
Erwartungen / Forderungen an die deutsche Gesellschaft.....	10
5. Notizen aus den Workshops.....	11
Workshop Samer al-Hakim.....	11
Was gehört zu Wiederaufbau?	11
Was verhindert den Wiederaufbau?.....	11
Was würde den Wiederaufbau fördern?	11
Was kann die Zivilgesellschaft für den Frieden in Syrien tun?	11
Workshop Nauzat Khalil.....	12
Workshop Mariana Karkoutly	13
6. Abschlussgespräch.....	14
7. Folgerungen für die Friedens(-bildungs)arbeit Krischan Oberle.....	18
Anhang: Das Programm des Fachgesprächs.....	19

Die Beiträge in dieser Dokumentation sind zum Teil schriftlich eingereicht worden, zum Teil handelt es sich um Mitschriften der mündlich gehaltenen Vorträge und Diskussionen sowie von Flipcharts, die von den Vortragenden nochmals gegengelesen und korrigiert wurden. Wir danken allen nochmals für ihren Input und den Mitgliedern des BSV-Vorstands für die Unterstützung bei der Erstellung der Dokumentation.

1. Einleitung

Elise Kopper

Ein herzliches Willkommen allen Anwesenden im Namen des Bund für Soziale Verteidigung. Der BSV wurde 1989 in Minden gegründet und hat dort bis heute seine Geschäftsstelle. Er ist ein friedenspolitischer Fachverband, dessen Schwerpunkt vor allem in der Entwicklung und Verbreitung von gewaltfreien Formen der Konfliktaustragung liegt. Ein Teil unserer Arbeit ist die Organisation von Weiterbildungsveranstaltungen. Dieses Fachgespräch zum Thema Syrien findet im Rahmen unseres Bildungsprojekts „Think Peace – Globaler Frieden goes mainstream“ statt, das durch Engagement Global aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gefördert wird. Wir danken an dieser Stelle ganz herzlich für die Förderung.

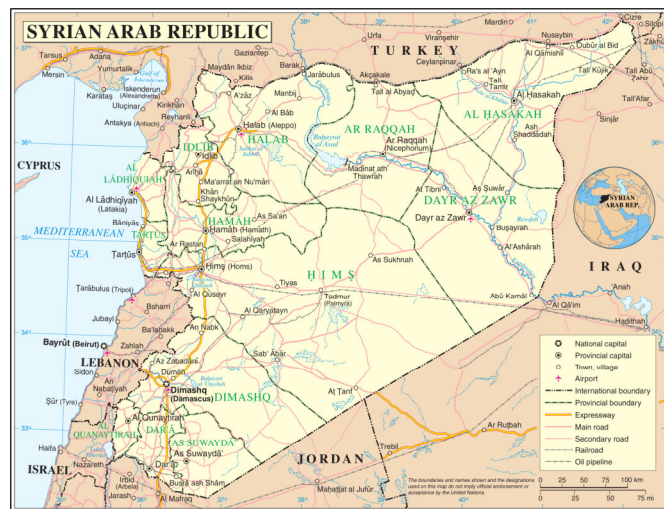
Zum Programm: Nach einer kurzen Einführung gibt es Inputs der drei Referent*innen von jeweils einer halben Stunde mit der Möglichkeit zu direkten Nachfragen. Im Anschluss an das Mittagessen werden wir uns je nach Interesse in anderthalbstündige Workshops mit den drei Referent*innen aufteilen. Dort gibt es die Möglichkeit zur Vertiefung der Themen und zur Diskussion inhaltlicher Fragen.

Nach den Workshops werden wir wieder im Plenum mit den drei Referent*innen zu einem Gespräch zusammenkommen. In diesem Gespräch werden wir offene Fragen aus den Workshops besprechen sowie danach fragen, was wir als deutsche Zivilgesellschaft und als BSV von hier aus für die Menschen in Syrien und die syrischen Menschen hier in Deutschland tun können: Welche Rolle spielt die deutsche Politik? Welche Möglichkeiten gibt es für uns, aktiv zu werden und uns solidarisch zu zeigen? Wie können wir als deutsche Bürger*innen mit den Kontroversen umgehen, die es rund um den Syrienkonflikt auch hier in Deutschland und innerhalb der deutschen Friedensbewegung gibt?

Im Anschluss daran wird unser Bildungsreferent Krischan Oberle den Abschluss und die Auswertung des Tages übernehmen.

Zur Einführung: Das Thema Syrien ist in diesen Tagen wieder aktueller, als wir es uns wünschen würden und aktueller auch, als wir gedacht hatten, als wir die Tagung planten. Vor zwei Tagen startete die Türkei eine Militäroffensive mit Luftangriffen auf die kurdischen Gebiete in Nordsyrien. Wir denken in diesen Stunden ganz besonders an die Menschen vor Ort. Und wir denken auch an die weit mehr als 400.000 Todesopfer, die der Krieg in Syrien seit seinem Beginn im Jahr 2011 gefordert hat, und an die vielen Millionen Vertriebenen und Geflüchteten, die ihre Heimat verlassen mussten und entweder hier in Europa oder in den Nachbarstaaten Zuflucht suchen.

Mit ca. 185.000 km² ist Syrien ungefähr halb so groß wie Deutschland. Seine heutigen Grenzen wurden nach dem Ersten Weltkrieg durch die Siegermächte Großbritannien und Frankreich gezogen. 1946 wurde Syrien unabhängig von Frankreich. Vor dem Krieg lebten knapp 21 Mio. Menschen im Land. Die Mehrheit der Bevölkerung ist sunnitisch, gut 10 % alawitisch und knapp 10 % christlich; daneben gibt es weitere religiöse Minderheiten wie die Drusen. Die größte eth-



Aus: <https://www.weltkarte.com/mosten/landkarten-syrien-weitere-karten/landkarte-syrien-politische-karte.htm>

nische Bevölkerungsgruppe stellen die Araber*innen, daneben gibt es mehrere ethnische Minderheiten, z.B. Kurd*innen und Armenier*innen. Die herrschende Partei ist die Baath-Partei. Präsident ist seit dem Jahr 2000 Baschar al-Assad, der die Nachfolge seines Vaters Hafiz antrat. Wirtschaftlich ist für Syrien neben der Landwirtschaft der Export von Erdöl, Textilien und Nahrungsmitteln zentral. Zuletzt hat sich die wirtschaftliche Situation des Landes aufgrund des Bürgerkrieges und der damit verbundenen Sanktionen extrem verschlechtert.

Der Krieg in Syrien zeichnet sich durch eine Vielzahl an involvierten Akteur*innen aus. Die Konfliktlinien sind häufig unscharf. Mehr als 200 bewaffnete Gruppen und mehr als 20 Staaten sind direkt oder indirekt am Konflikt beteiligt, darunter die USA, Russland, Großbritannien, Frankreich, die Türkei, Israel und mehrere arabische Staaten sowie spätestens seit dem Beginn des Bundeswehreinsatzes im Jahr 2015 auch Deutschland. Alle Staaten und Gruppen verfolgen dabei ihre eigenen regionalen, nationalen und globalen Ziele und Interessen.

Im heutigen Fachgespräch wollen wir uns weniger mit der Geschichte des Krieges und mit der Geopolitik beschäftigen. Wir wollen vielmehr darauf schauen, welche Auswirkungen der Krieg auf die Zivilgesellschaft hat und welche Ideen aus der syrischen Gesellschaft entstehen, mit dem Krieg umzugehen. Und vor allem, welche Ideen und Ansätze es innerhalb der Zivilgesellschaft gibt, Frieden zu schaffen – einer Zivilgesellschaft, wie der Untertitel des Fachgesprächs es sagt, zwischen Krieg und Frieden. Mit dem Titel „Syrien zuhören“ wollten wir ausdrücken, dass es uns wichtig ist, Menschen aus Syrien zu Wort kommen zu lassen und deren Expertise zu hören. Alle Referent*innen, die wir heute hier haben, sind in Syrien aufgewachsen und haben bis vor einigen Jahren noch dort gelebt. Dabei ist uns bewusst, dass diese drei Menschen hier nicht „die“ syrische Zivilgesellschaft repräsentieren und auch keinen Querschnitt „der“ syrischen Gesellschaft darstellen. Dieser Anspruch wäre ganz und gar vermessen. Wir haben im Vorfeld der Veranstaltung durchaus Kritik dafür bekommen, dass wir durch die Auswahl unserer Referent*innen bestimmte politische Spektren nicht abbilden. Wir sind uns bewusst, dass wir hier also Leerstellen haben werden. Diese hoffen wir durch eine kritische Diskussion schließen zu können. Samer al-Hakim wird zum Thema Wiederaufbau in Syrien sprechen, Nauzat Khalil zur Situation in Nordsyrien und Rojava, Mariana Karkoutly zur Rolle der Frauen im syrischen Konflikt. Wir sind uns auch bewusst, dass das Thema Syrien für viele Menschen ein hochemotionales ist. Persönliche Betroffenheit spielt dabei eine große Rolle. Zudem beschäftigen sich viele Menschen hierzulande intensiv mit dem Geschehen vor Ort und den Konfliktlinien und haben vor diesem Hintergrund starke, teils fundamental unterschiedliche Meinungen dazu entwickelt. Das Thema Syrien ist damit ein sehr umstrittenes, nicht nur auf Ebene der großen Politik, sondern auch innerhalb der deutschen Friedensbewegung. Es kann also durchaus sein, dass wir hier heute kontroverse Diskussionen und gegensätzliche Meinungen haben werden. Diese Diskussionen sind durchaus erwünscht und bei so einem komplexen Thema auch notwendig. Wir würden uns aber sehr wünschen, dass die Diskussionen – bei aller Kontroversität – sachlich geführt werden. Persönliche Angriffe und dergleichen sollen bei diesem Fachgespräch keinen Platz haben.

Und nun möchte ich schließen und würde gerne unseren Referent*innen das Wort geben. Ute Finckh-Krämer aus dem BSV-Vorstand wird die Diskussion moderieren.

2. Wiederaufbau in Syrien

Vortrag von Samer al-Hakim, Adopt a Revolution

Samer ist seit 10 Jahren in Deutschland und arbeitet als Software-Entwickler. Er wurde dieses Jahr für den deutschen Engagement-Preis vorgeschlagen für seine Arbeit in der Initiative Refukitchen.

Der Syrienkrieg ist eine der schlimmsten Katastrophen seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Jetzt ist er wieder in den Schlagzeilen wegen des türkischen Angriffs im Nordosten Syriens.

Es gibt international viele Stimmen, die argumentieren: Assad habe den Krieg gewonnen, deshalb müssen wir den Wiederaufbau finanzieren, damit die Geflüchteten zurückkehren können. Ist das aber wirklich so einfach? Sind Orte in Syrien wirklich sicher?

Das Assad-Regime herrscht mit Unterdrückung; unzählige Zivilist*innen sind in den Gefängnissen verschwunden (13.000 lt. Amnesty International). Man vergisst oft, dass der Krieg 2011 mit friedlichen Protesten angefangen hat. Die brutale Repression der ersten Proteste führte zur Eskalation des Konfliktes – und zum Bürgerkrieg. Durch Einmischung äußerer Staaten wurde dieser dann zu einem Stellvertreterkrieg.

Das Syrien von früher existiert nicht mehr. Das Land wird auch nicht mehr vom Assad-Clan kontrolliert. Das Land gehört jetzt auch denen, die Assad zum Sieg verholfen haben: Russland, Iran, Geschäftsleuten. Sie betrachten Syrien als Beute, die sie unter sich aufteilen.

Zum Wiederaufbau: Ein Drittel der Wohngebäude ist zerstört, jedes zweite Krankenhaus und jede zweite Schule. Die Hälfte der syrischen Bevölkerung ist auf der Flucht, zwei Drittel leben in extremer Armut. Der Bedarf an Hilfe ist riesig.

Wiederaufbau ist aber nicht nur ein technisches Thema. Die Regierung will den Wiederaufbau als Strategie nutzen, um eine Wiederanerkennung des Regimes zu erreichen. Damit werden Menschenrechtsverletzungen verdrängt.

Das Dreieck der Wiederherstellung Syriens

Wie in der Fotografie Belichtungszeit, ISO und Blende zusammengehören und ein gutes Bild nur entsteht, wenn alle drei stimmen, so verhält es sich auch hier. Es braucht nicht nur Wiederaufbau, sondern auch eine politische Lösung und Sicherheit und freiwillige Heimkehr der Vertriebenen.

Zur politischen Lösung eine persönliche Vision:

- Ende der Kampfhandlungen
- Freilassung und Aufklärung des Schicksals aller Inhaftierten und Verschwundenen
- Garantie für Sicherheit und Rechte
- Juristische Aufarbeitung
- Gesellschaftliche Versöhnung
- Gesamtgesellschaftliche Teilhabe Aller (zentrale Rolle der Frauen und Zivilgesellschaft)
- Politischer Neuanfang (Demokratie und Menschenrechte, Pressefreiheit, Meinungsfreiheit)

Das Regime will uns aber glauben lassen, dass Wiederaufbau und Rückkehr genügen.



Was den Wiederaufbau betrifft, plant die Regierung Assad Folgendes: Viele Haus- und Landbesitzer sollen enteignet werden. Die Enteignung wurde durch eine Reihe von Gesetzen legalisiert, besonders das Gesetz Nr. 10. Es sieht vor, dass die Stadtverwaltung entscheiden darf, dass Häuser nicht wiederaufgebaut werden, sondern stattdessen ein Neubaugebiet entsteht. Stadtplanerische Vorhaben in private-public-partnership sollen zu Luxusvierteln à la Dubai führen. Selbst die Mittelklasse wird sich ein Wohnen in solchen Vierteln nicht leisten können. Dabei soll es keine Entschädigung für die vorherigen Besitzer*innen geben, außer diese können innerhalb eines Jahres, nachdem Baupläne bekannt gegeben wurden, ihr Eigentum nachweisen. Den meisten Geflüchteten fehlen aber solche Dokumente, zudem haben Viele Angst vor einer Verfolgung im Falle der Rückkehr. Zudem darf das Eigentum von Privatpersonen beschlagnahmt werden, die als Terrorist*innen verurteilt werden – das trifft quasi alle politische Gegner*innen. Die Pläne für solche Luxusviertel sind publiziert und stehen schon im Internet (z.B. Marota City in Damaskus).

Was stattfindet, ist eine ökonomische Bestrafung der Aufständischen und Ressourcenverteilung zugunsten der Verbündeten. Russland hat sich für die nächsten Jahrzehnte den Zugang zu Phosphatvorkommen gesichert. Es gibt auch Öl und Gas in Syrien.

Die deutsche Bundesregierung setzt auf ein Verfassungskomitee, das in Genf verhandeln und eine neue Verfassung ausarbeiten soll. Sie hofft, dass das Regime sich wandelt und den Weg für freie Wahlen öffnet. Aber das hat das Regime seit 50 Jahren nicht getan. Einige Männer dieses Komitees sind wegen sexueller Belästigung beschuldigt, was aber ignoriert wird. Benannt wurden die Mitglieder des Komitees von Russland, dem Iran und der Türkei. Al-Hakim: „Drei Tyrannen einigen sich darauf, wer Verfassung für einen vierten Tyrannen schreiben darf.“

Haben die drei Präsidenten die gleichen Ziele? Russland und Iran wollen das Regime an Macht erhalten, haben aber keine Mittel für den Wiederaufbau. Deshalb hoffen sie auf den Westen, dass er ihn bezahlt, damit die Geflüchteten zurückkehren können. Russland hat angeboten, im Falle einer Hilfe durch Deutschland etwa 5000 Flüge zur Rückkehr zu organisieren. Erdogans Interessen sind etwas anders: Er will ein autonomes kurdisches Gebiet verhindern. Er hat seit der verlorenen Wahl in Istanbul gemerkt, dass die türkische Bevölkerung ein Problem mit syrischen Flüchtlingen hat. Deshalb will er Millionen zwangsweise in eine Region in Nordsyrien umsiedeln. Das ist das Ziel der „Operation Friedensquelle“. Erdogan droht der EU, dass sonst die Grenzen nach Westen geöffnet werden. „If there is one thing that the West fears more than terrorists, it's refugees“. (Muhammad Idress Ahmad)

Deutsche Politiker*innen gehen Erdogan in die Falle. Patrick Sensburg und Christoph de Vries (beide CDU) wollen Rückführungen nach Syrien prüfen, gegen Aufbauhilfe für Syrien. Sensburg findet es zynisch, eine Rückkehr von der Vertreibung eines Diktators abhängig zu machen.

Das ist das Dreieck, was passieren wird (s. Bild rechts):

Natürlich, so betont Al-Hakim, wollen die Syrer*innen zurückkehren und beim Wiederaufbau helfen. Sie brauchen aber eine nachhaltige und friedliche Lösung des Konflikts, denn sie sind mittlerweile zum Spielball der verschiedenen Mächte geworden.

Erwartungen an die deutsche Zivilgesellschaft

- Druck ausüben, z.B. durch Demos.

Erwartungen an die deutsche Politik

- Keine Normalisierung der Beziehungen zum Assad-Regime;
- Waffenlieferungen an Kriegsbeteiligte stoppen;
- Keine Finanzierung von Wiederaufbau unter Assad;
- Keine Abschiebungen nach Syrien, solange das Assad-Regime an der Macht ist.



3. Die Situation in Nordsyrien (Rojava)

Vortrag von Nauzat Khalil

Nauzat Khalil ist im Oktober 2015 über die Balkanroute nach Deutschland geflohen. Ihre Familie stammt aus Nordsyrien. Sie ist in Damaskus und Aleppo aufgewachsen und hat englische Literatur studiert. Hier ist eine Zusammenfassung ihres Vortrags:

Ihr Thema ist Rojava, das Gebiet in Nordsyrien, das gleichzeitig der Westen eines Landes Kurdistan wäre. Die Kurd*innen, 45 Millionen Menschen, leben in einem zusammenhängenden Siedlungsgebiet, das sich vor allem über die Türkei, Syrien und den Irak erstreckt. („Rojava“ bedeutet „West“.) Sie sind die größte Minderheit ohne einen eigenen Staat oder Selbstbestimmung (außer dem autonomen Gebiet im Nordirak).

Sie zeigte eingangs ein kurzes Video mit einem Unterstützungsauftrag eines Kurden, seinem Volk zu helfen. Der zentrale Satz: „Nur die Berge sind unsere Freunde“. Der Film ist hier zu finden: www.instagram.com/p/B3ck_w4H_7T/?igshid=1h0rbf0cvdu4c.

Die Türkei will eine „Pufferzone“ in Nordsyrien errichten. Die USA unterstützten die syrischen Kurden, bis der IS besiegt war, haben sie dann in Stich gelassen.

Sie zeigt eine Karte der von der Türkei geforderten Pufferzone:

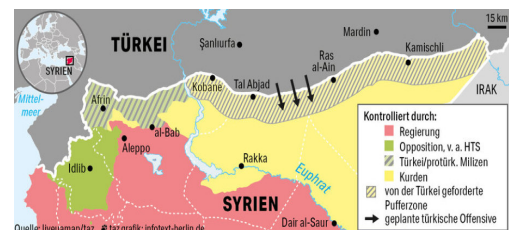
In Rojava schuf die kurdische Partei der demokratischen Union (PYD) drei Kantone: Afrin, Kobane und Kamischli. Jedes hatte eine eigene Regierung. Die Rojava-Revolution war eine Frauenrevolution; Frauen übernahmen Rollen im Militär (eigene Frauen-Einheiten, in der Politik und der Administration).

Es wurde eine Ko-Regierung von Männern und Frauen auf allen Ebenen geschaffen, z.B. immer zwei Ko-Bürgermeister*innen. Es wurde erstmalig Schul- und Universitätsunterricht in kurdischer Sprache eingeführt. Allerdings gibt es auch negative Seiten: Die PYD duldet keine anderen politischen Parteien neben sich und Menschen werden verhaftet, wenn sie abweichende Meinungen vertreten. Die Referentin zitiert eine Frau, die dies auf den Kriegszustand zurückführt – solange Krieg herrsche, könne man keine Demokratie schaffen.

Vor zwei Jahren griff die Türkei Afrin an und bombardierte es. Türkische Truppen und syrisch-arabische islamistische Milizen besetzten es. Es kam zu vielen kriminellen Handlungen: Mord, Raub, Verbrennen oder Entwurzeln von Olivenbäumen, Vergewaltigungen, Kidnapping usw.

Jetzt gibt es neue Kämpfe im Nordosten. Ziel: Ansiedlung von syrischen Flüchtlingen. Viele Menschen sind auf der Flucht; den Krankenhäusern gehen die Blutreserven aus.

Nauzat Khalil endet mit einem Gleichnis: Zwei Menschen streiten sich um eine Orange. Jeder will sie haben. Dann kommt ein Dritter, teilt sie und gibt jedem die Hälfte. Trotzdem sind beide nicht glücklich. Der Dritte fragt, warum sie nicht zufrieden seien? Es stellt sich heraus, dass einer nur die Schale, der andere den Saft wollte. Mit diesem Gleichnis soll ausgedrückt werden, dass, wenn eine dritte Partei in einem Konflikt vermitteln will, sie alle Seiten fragen muss: „Das ist das syrische Problem. Uns fragt niemand, was wir wollen. Sie kennen nicht unsere Kultur, unsere Meinung zu einer Lösung. Die Dritten wollen die Lösung finden.“



4. Die Rolle der Frauen

Vortrag von Mariana Karkoutly, Adopt a Revolution

Mariana Karkoutly ist Juristin und auf Menschenrechtsfragen spezialisiert. Sie engagiert sich jetzt für die Rechte von Geflüchteten in Berlin, ist gelegentlich als Übersetzerin für das European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) tätig, wo sie auch eine sechsmonatige Fortbildung gemacht hat, und mit Adopt a Revolution, wo sie vor allem das Projekt „Talking about the revolution“ betreut. Hier ist eine Zusammenfassung ihres Vortrags:



Die Rolle der Frauen in der Protestbewegung

Bei den Protesten von 2011 spielten Frauen eine wichtige Rolle. Sie eroberten die Straße. Es war nicht nur die Politik, sondern auch das Erkämpfen von sozialen Rechten, was sie motivierte. Zuvor gab es in Syrien nur eine Frauenunion, die der Baath-Partei untersteht.

Die Folge des Einparteiensystems: Syrer*innen haben nicht gelernt, sich selbst zu organisieren. Der Anfang der syrischen Revolution war die Geburtsstunde der syrischen Zivilgesellschaft. Für sie war es learning by doing. In Regionen außerhalb der Kontrolle des Regimes haben Frauen Demos organisiert, Zeitschriften gemacht und Medikamente und Nahrungsmittel durch Checkpoints geschmuggelt. Mehrere bekannte Frauen haben als Aktivist*innen mitgewirkt, vor allem um Frauen in ländlichen Gebieten zu aktivieren. (Das Land war immer unterprivilegiert.) Die Schauspielerin May Skal besuchte Menschen, die Angehörige verloren hatten, und organisierte zusammen mit ihnen Demos in den Orten. Die Menschenrechtsanwältin Razan Zaitouneh ist in ländliche Gebiete gegangen, um Menschenrechtsverletzungen aller verschiedenen Seiten zu dokumentieren. Sie ist seit 2013 verschwunden. Es ist unklar, ob das Regime oder islamische Extremisten sie gefangen genommen haben.

Gesetzgebung in Syrien

Frauen in Syrien werden durch Gesetze ausgegrenzt. Drei Gesetze aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch sind besonders wichtig. Der Scharia (obwohl Syrien ein säkularer Staat zu sein behauptet) und den Gesetzen der französischen Kolonialmacht entlehnt, reflektieren sie, was die Situation der Frauen ist:

1. Staatsangehörigkeitsrecht: Frauen können ihre Staatsangehörigkeit nicht an ihre Kinder vererben. Das ist wichtig in einem Land, wo eine Million syrische Kurden und Hunderttausende Palästinenser keine syrische Staatsbürgerschaft haben. Von der Staatsbürgerschaft aber hängen Bildung, Eigentum und das Recht zu arbeiten ab.

In jüngerer Zeit wurden Frauen, die die Regierung von Assad unterstützten, damit belohnt, dass für sie eine Ausnahmeregelung geschaffen wurde.

2. Bewegungsfreiheit: Verheiratete Frauen verlieren sie das Sorgerecht für ihre Kinder, wenn sie ohne Zustimmung ihres Gatten (oder Vater oder Onkel) an einen anderen Ort ziehen. Das ist in der Kriegssituation schwierig; viele Männer sind geflohen, gefallen oder vielleicht im Gefängnis. Weil sie nicht in den Libanon einreisen dürfen, sind so viele Frauen an der Grenze zwischen Syrien und Libanon gestrandet.

3. Das Gesetz zu Ehrenmorden: Wer seine Frau, Mutter oder Tochter bei illegitimen sexuellen Handlungen erwischt und „unbeabsichtigt“ tötet oder verletzt, muss seit 2009 eine Freiheitsstrafe von zwei Jahren verbüßen und wird nicht als Mörder verurteilt. Vor 2009 waren es sogar nur sechs Monate Haft.

Konsequenz der Teilnahme an den Protesten war für viele Aktivistinnen, sexuell belästigt zu werden. Mariana Karkoutly hat viele Frauen interviewt, die im Gefängnis waren. Sie erzählt die

Geschichte einer Frau aus Homs, die als Krankenschwester arbeitete. Sie wurde in der Haft vergewaltigt und wurde schwanger. Nachdem sie freigelassen worden war, kam ihr Kind zur Welt. Sie überlegte, es zu töten, nahm es dann aber doch mit nach Hause. Doch ihr Mann verstieß sie. Sie ist jetzt mit dem Kleinkind in der Türkei und arbeitet dort; ihre älteren Kinder musste sie bei ihrem Mann lassen.

Anschließend zeigt die Referentin ein kleines Video aus dem Jahr 2013 über ein ländliches Gebiet bei Damaskus (Zabadani). Dort waren Frauen in allen Bereichen tätig. Es zeigte Bilder von Protesten, Gesang von Frauen, in dem sie die Hinrichtung von Assad fordern, Vermummung von Protestierenden. Die Proteste waren auch eine Herausforderung für Männer in diesem konservativen Gebiet.

Jetzt werden Frauenorganisationen im Exil gegründet: Zum Beispiel Families For Freedom, eine Gruppe von Frauen, deren Männer inhaftiert wurden. Sie machen Lobbying für die Verschwundenen. Mariana Karkoutly hat (ehrenamtlich) mit ihnen gearbeitet.

Ein zweites Beispiel ist das Women Center Douma (ca 2013-2018). Das Zentrum wurde von einer jungen Frau aus Damaskus gegründet. Nach dem Chemiewaffenangriff floh sie nach Idlib. Anschließend zeigte die Referentin noch ein zweites Video, bei dem es um sexualisierte Gewalt gegen Frauen, Folter und Stigmatisierung geht.

Erwartungen / Forderungen an die deutsche Gesellschaft

- Unterstützung für syrische Frauen, die sich jetzt auf der ganzen Welt im Exil befinden;
- Wirksame Solidarität;
- Solidarität von Syrer*innen und Kurd*innen. „Wir müssen uns solidarisieren gegen jede Form von Gewalt und Invasion.“

5. Notizen aus den Workshops

Anschließend an die Vorträge fanden am Nachmittag drei Workshops mit den Referent*innen statt. Teilnehmer*innen wurden gebeten, die Ergebnisse kurz festzuhalten. Hier sind ihre Notizen.

Workshop Samer al-Hakim

Das Folgende ist eine Dokumentation der Sammlung von Punkten auf einer Flipchart.



Was gehört zu Wiederaufbau?

- Transparenz
- Rechtsstaat
- Transitional justice
- Verfassungsprozess
- Neuer Gesellschaftsvertrag
- Gesellschaftlicher Heilungsprozess
- Gesellschaftliche Versöhnung
- Lebensmittelversorgung
- Medizinische Versorgung
- Psychologische Versorgung (Traumata)
- (Guter) Wohnraum
- Schulen, Universitäten usw.
- Politische und gesellschaftliche Bildung
- Erlernen von Gewaltfreiheit
- Entwaffnung
- Funktionierende Bürokratie
- Korruptionsbekämpfung
- Sicherheitssektorreform

Fraglich ist:

- Säkularisierung oder religiöse Neutralität?

Was verhindert den Wiederaufbau?

- Kampfhandlungen
- Waffen, bewaffnete Gruppen
- Fortbestehen des alten politischen Systems
- Korruption, Vetternwirtschaft
- Interessen, Einmischung von Drittstaaten (negativ, von oben herab)
- Kein internationaler diplomatischer friedensfördernder Konsens

Was würde den Wiederaufbau fördern?

- Waffenstillstände
- Entwaffnung
- Umfassende Reformen
- Korruptionsbekämpfung, Transparenz
- (Positive) Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen, auch von außen.

Was kann die Zivilgesellschaft für den Frieden in Syrien tun?

- Zusammenarbeit mit Syrer*innen und syrischen Initiativen im Exil
- Versöhnungsräume schaffen für Menschen aus Syrien mit unterschiedlichen politischen Meinungen; Rolle von Vermittlung
- Menschen zusammenbringen
- Einsatz für die Rechte von Geflüchteten hier in Deutschland
- Brain drain vermeiden.

Workshop Nauzat Khalil

In dem Workshop werden vor allem vertiefende Fragen an die Referentin gestellt und beantwortet.

- Was ist die Rolle von französischen Truppen in Nordsyrien, über die wenig bekannt ist? Frankreich hat dort Truppeneinheiten, aber über ihr Mandat ist kaum etwas bekannt.
- Situation in Afrin: Alle PYG-Mitarbeitende sind geflohen. Auch Leute, die nur in Krankenhäusern usw. gearbeitet haben, wurden verhaftet. Es lebten in Afrin auch viele Araber*innen (Flüchtlinge aus Aleppo und Dörfern in Umgebung vor Al Nusra, ISIS oder Regime). Jetzt findet Schulunterricht nur auf Türkisch oder Arabisch statt; Kurdisch wurde wieder abgeschafft.
- Der Islam ist in Afrin jetzt die einzige erlaubte Religion.
- 365 Dörfer werden von verschiedenen islamischen Gruppen kontrolliert. Junge Mädchen wurden gekidnappt oder vergewaltigt; manche brachten sich um.
- Islamische Milizen sind (arabische) Syrer. Sie akzeptieren Erdogan als Besetzer, wollen nicht mit Kurden zusammenleben.
- Durch die Revolution entstand die Spaltung zwischen Araber*innen und Kurd*innen. Vorher gab es keine Teilung.
- Der erste Schritt für den Aufbau Syriens muss ein „Aufbau der Menschen“, der Einstellung sein.
- Männer in Kurdistan taten sich auch schwer mit der Gleichstellung von Frauen. Die PYD machte Gesetze, die eine Gleichstellung durchsetzten. Es gab auch Unterstützung gegen Gewalt in der Ehe. Heiraten von Minderjährigen wurden verboten; bei Zuwiderhandlung drohte eine Geld- oder Gefängnisstrafe.
- Die Militarisierung der Frauen ist auch ein Problem. Wie können die Kämpferinnen ins Zivilleben zurückfinden?
- Eine Rückkehr von Kurden nach Afrin wird nicht erlaubt. Arabische Milizen besetzen die Wohnungen/Häuser.
- Die Türkei hat kaum Militärbasen in Syrien, die meisten sind die Milizen.
- Teile und Herrsche: Araber*innen sehen Kurd*innen als Besetzer im Norden. Die Regierung hat Menschen diese Idee eingepflanzt. Die PYD wollte eine Abspaltung von Syrien. Deshalb sollte ein erster Schritt beim Wiederaufbau eine föderale Struktur für Syrien sein, weil es kein Vertrauen gibt.
- Nauzat Khalil hat 2013-2015 in Syrien mit einer gemischten Gruppe (Badael = Alternative) gearbeitet. Sie gaben Workshops in den Gemeinschaften; vor allem mit jungen Menschen. Diese Workshops mussten zumeist heimlich stattfinden, in Wohnungen (als Party oder dergleichen getarnt). In kurdischen Gebieten wurden sie teilweise erlaubt. Die Trainings wurden unterstützt von der Friedrich Ebert Stiftung, die sog. „peace trainers“ finanzierte. Nauzat sucht jetzt nach Möglichkeiten, wieder als Trainerin zu arbeiten.

Workshop Mariana Karkoutly

Drei Fragen von Mariana:

1. Wie verstehen wir die Solidarität mit syrischen Frauen?

Antworten aus der Gruppe: Solidarität ist Lernen voneinander. Sind z.B. Menschenrechte wichtiger als Frauenrechte? Solidarität ist individuell, nicht allgemein.

Anmerkung Mariana: Das Scharia-Recht wurde im Bürgerlichen Gesetzbuch seit 2009 auch für Christinnen verankert, nur ihre Eheschließung ist Sache der christlichen Kirchen. während der Revolution gab es sehr unterschiedliche Forderungen, je nach Region. In sehr konservativen Regionen wurde z.B. die Geschlechtertrennung in Schulen ab der 1. Klasse gewünscht (gesetzlich vorgeschrieben ist sie ab 7. Klasse), in Damaskus wurde Gleichberechtigung an den Unis verlangt. Gemeinsamer Nenner war nur die Forderung, „Assad muss weg“. Meinungsvielfalt wurde Wert an sich gesehen.

Kurdische Frauen haben sich dem Militär nicht immer freiwillig angeschlossen. Mariana machte deutlich, dass sie jede Form der Militarisierung ablehnt.

Rechte des Individuums als zentraler Punkt wird auch von anderen in der Gruppe hervorgehoben.

Mariana: Ein Teil von Solidaritätsarbeit ist, Frauen ihre Rechte zu erklären und ihnen zu helfen, sie durchzusetzen. Eine Forderung ist die Einrichtung von Frauenhäusern. Eine christliche Gruppe hatte vor der Revolution schon eines in Damaskus eingerichtet. Dort gab es auch Rechtsberatung für Frauen. Auch in Douma gab es ein nicht-religiöses Frauenzentrum. Chemiewaffen wurden eingesetzt, um den Widerstandsgeist der Menschen zu brechen. Das hat den Extremisten Auftrieb gegeben. Sie verfügten in Ghouta trotz der Belagerung noch über Lebensmittel und Medikamente, die anderen Regimegegner hatten keine mehr. Damit kamen die Frauenrechte wieder unter die Räder.

Eine Teilnehmer*in meinte: Solidarität sollte mit allen geübt werden, die die grundlegenden Menschenrechte akzeptieren, auch wenn sie andere Meinungen haben. (Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden.)

Pragmatische Solidarität kann in der Beratungsstelle geübt werden– wenn Männer alleine kommen, gezielt nach ihrer Frau und ihrem Beruf, ihrer Teilnahme am Integrationskurs fragen. Ein Beispiel war das Problem, das eine minderjährige schwangere Frau hatte: Hilfen nach der Geburt waren schwer zu finden, damit sie die Schule fertig machen kann. Entscheidend war der Wunsch der jungen Frau, Abitur zu machen und Jura zu studieren.

2. Wie können wir die Initiativen der syrischen Zivilgesellschaft unterstützen, die sich um das Schicksal der Toten und Vermissten kümmern und juristische Aufklärung verlangen?

Problem der Drogensucht von Jugendlichen in diktatorischen Systemen.

Die Fähigkeit der Frauen, für sich und ihre Kinder das Überleben zu organisieren, ist auch bei Frauen, die offiziell die Frauenrolle ihrer Gesellschaft akzeptieren, bewundernswert groß.

3. Wie können wir Frauen stärken, die sexuell misshandelt worden sind, welche Maßnahmen können sie wirklich schützen und stärken?

Beispiel Heidelberg: Dort wurde von geflüchteten Frauen ein Theaterstück produziert und aufgeführt, in dem dieses Thema aufgegriffen wird.

Große Frage: Wie stärken wir diejenigen, die weder Assad noch die Extremisten an der Macht wollen?

Entscheidende Handlungsmöglichkeit, die wir haben: Syrer*innen in Deutschland so stärken, dass sie Demokrat*innen werden und sich eine eigene Meinung bilden und über ihr Leben selbst entscheiden können.

6. Abschlussgespräch

Im Abschlussgespräch, moderiert von Elise Kopper, wurden verschiedene offene Fragen aus den Workshops sowie weitergehende Aspekte im Dialog zwischen Teilnehmenden und Referent*innen erörtert. So ging es beispielsweise in der Arbeitsgruppe von Samer al-Hakim um die verfassungsgebende Versammlung und die Frage, ob es dazu Alternativen gebe und wie ein nachhaltiger Demokratisierungsprozess aussehen könne. Nach Einschätzung von Samer al-Hakim gebe es derzeit in Syrien kaum Raum, sich eine Meinung zu politischen oder gesellschaftlichen Fragen zu bilden. Allerdings hätten die Geflüchteten, z.B. hier in Deutschland, die Möglichkeit, daran zu arbeiten. Die Zeit, die sie in Deutschland verbrächten, könne genutzt werden, um Alternativen zu entwickeln. Die erste Forderung sei aber das Ende der Kampfhandlungen, die Freilassung politischer Gefangener und die Aufklärung der Fälle von verschwundenen Personen. Eine verfassungsgebende Versammlung, da waren sich die Referent*innen einig, müsse unter Einbeziehung möglichst vieler gesellschaftlicher Gruppen, darunter Kurd*innen, Frauen, die LGBTQ-Gemeinschaft usw. geschehen. Die derzeitige Zusammensetzung der Versammlung bilde diese und viele weitere Gruppen nicht ab.



Das Stellen von Vorbedingungen für Verhandlungen und Reformen (Waffenstillstand, Freilassung aller politischen Gefangenen), wurde von einigen Teilnehmer*innen vehement kritisiert. Das entspreche nicht dem Grundgedanken von Ziviler Konfliktbearbeitung. Fortschritte seien nur möglich, wenn alle über ihren Schatten sprängen und bereit seien, auch ohne Bedingungen miteinander zu sprechen. Das gelte auch für die Vorbedingung, dass zuerst die Waffen schweigen müssten. Irgendwelche Spoiler (Leute, die trotz eines vereinbarten Waffenstillstands weiterkämpfen) gebe es immer, deshalb könne nicht darauf gewartet werden, dass vollständige Waffenruhe herrsche, bevor es zu Verhandlungen komme.

Auf eine Nachfrage zur Forderung nach der Freilassung von politischen Gefangenen erklärte Mariana Karkoutly, was sie mit den Gefängnissen (detention centres) meinte, von denen sie gesprochen hatte: Es handele sich nicht um normale Gefängnisse für Kriminelle. Die Insassen dieser Zentren seien Opfer. Es seien Menschen, die nie ein Verbrechen begangen hätten, sondern die wegen ihrer politischen Überzeugungen oder weil sie in Gegenden lebten, die von der Opposition zu Assad kontrolliert werden, festgehalten würden. Viele von ihnen seien namentlich bekannt, viele von ihnen auch nicht.

Eine weitere Frage richtete sich insbesondere an die beiden Vertreter*innen von Adopt a Revolution. Adopt a Revolution verstehe sich als Teil der Opposition zu Assad. Es gebe in Syrien aber viele Menschen und Gruppen, die Assad unterstützen und ihn auch gewählt haben, entweder aus politischer Überzeugung oder weil sie keine bessere Alternative sehen. Wie könnten diese sehr gegensätzlichen Meinungen zusammenarbeiten?

Darauf antworteten die Referent*innen: Assad sei aus ihrer Sicht keine Lösung. Aber es gehe nicht um ein Entweder-Oder. Die Zivilgesellschaft könnte eine Rolle bei der Vermittlung spielen. Aber eine Zusammenarbeit der Gruppen sei schwierig, was sehr frustrierend sei. Die Grenzen dessen, was getan werden könne, seien sehr begrenzt. Einer der Referent*innen formulierte: „Aber ich glaube an Versöhnung, auch mit denen, die Assad unterstützen.“ Die Menschen in Syrien müssten sich verändern, sie müssten den Respekt im Umgang miteinander wieder erlernen. Es müssten Versöhnungsräume für Menschen unterschiedlicher politischer Meinung geschaffen werden. Dann erst könne eine neue Verfassung geschrieben werden.

Im Folgenden wurde diskutiert, inwiefern es eine Reihenfolge gebe, welche Schritte beim Wiederaufbau zuerst passieren müssten. Mache es zum Beispiel Sinn, Häuser und Städte jetzt schon wieder aufzubauen, oder müsse damit wirklich gewartet werden, bis Nachbar*innen „einander wieder riechen“ könnten? Müsse zuerst eine neue Verfassung beschlossen werden? Oder gingen all diese Prozesse Hand in Hand? Darauf entgegnete Mariana Karkoutly: Das einzige, worauf man sich einigen könne, sei das Ende der Kampfhandlungen. Aber was danach komme und wie diese Zeit gefüllt werden könne, sei schwierig. Sicherheit sei zentral. Und Sicherheit bedeute auch Sicherheit vor dem Staat. Eine Teilnehmerin meinte dazu: Vertrauensbildende Maßnahmen seien wichtig. Das kenne man von anderen (gescheiterten oder erfolgreichen) Friedensprozessen. Gemeinsam etwas aufzubauen, könne Sinn machen. Man könne und müsse aus dem Negativbeispiel Nahostkonflikt lernen, wo, sobald irgendein Spoiler aus Palästina eine Rakete abschiesse, dies zum Vorwand für neue Kampfhandlungen genommen werde. Eine andere Teilnehmerin verwies auf die deutsche Geschichte. Deutsche im Exil hätten schon 1944 über eine neue Verfassung nachgedacht. Nach 1945 seien erst die Nürnberger Prozesse gekommen, dann eine neue verfassungsgebende Versammlung. Dabei hätten auch Mitläufer*innen der Nazis mitgewirkt. Mariana Karkoutly bemerkte dazu: Es gebe syrische Anwält*innen, die daran arbeiteten, wie eine neue Verfassung aussehen könne. Eine zentrale Frage sei, ob es eine ganz neue Verfassung geben solle oder ob eine Veränderung der existierenden ausreiche. Solche Arbeit könne ihrer Meinung nach nur im Exil geleistet werden, weil man*frau da sicher sei. Auch das ECCHR arbeite an dem Komplex, indem es versuche, alternative Narrative zu schaffen.

Weitere juristische Fragen schlossen sich an: Wie sei das mit der Dokumentation und Strafverfolgung von Kriegsverbrechen? Vielleicht sollten diese schon jetzt, nicht erst nach Ende der Kampfhandlungen, dokumentiert werden? Das passiere auch in anderen Ländern, z.B. der Ukraine (leider nicht in Afghanistan, das hierfür ein Negativbeispiel sei). Wie könne Strafverfolgung von Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen funktionieren, solange Assad weiter an der Macht sei? Und würden Verbrechen von allen Seiten verfolgt werden? Oder nur die von Assad und der islamistischen Gruppen? Was sei z.B. mit Verbrechen von Drittstaaten und Verbrechen der oppositionellen Gruppen? Als Antwort darauf wurde u.a. auf Südafrika verwiesen. Dort habe es einen Prozess der wiederherstellenden Gerechtigkeit („restorative justice“) gegeben. Dieser sei allerdings nicht von einer Gruppe ausgegangen, deren Zusammensetzung von anderen Ländern bestimmt worden sei – so, wie es in Syrien drohe. Das Ganze müsse ein innersyrischer Prozess sein. Aber auch das Ausland könne eine Rolle spielen: Eine Teilnehmerin erwähnte das deutsche Bundeskriminalamt und die Bundesstaatsanwaltschaft, die bereits jetzt Verbrechen verfolgten, die in Syrien begangen worden seien. Die Verbrechen, die z.B. vom Fotografen „Caesar“ (siehe [https://de.wikipedia.org/wiki/Caesar_\(Fotograf\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Caesar_(Fotograf))) festgehalten wurden, könnten hier bei uns vor Gericht gestellt werden. Das machten jetzt auch weitere Länder in Europa. Spanien sei hier einer der Vorreiter gewesen und habe sein Strafgesetz entsprechend verändert. Mariana Karkoutly verwies abschließend darauf, dass die syrische Zivilgesellschaft immer betont habe, alle Kriegsverbrechen müssten verfolgt werden – egal, von welcher Seite sie begangen worden seien. Es habe ein Beispiel von zwei Folterern gegeben, die sich der Opposition angeschlossen hätten. Auch diese müssten als Kriegsverbrecher bestraft werden, trotz ihres politischen Wechsels.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs ging es schwerpunktmäßig um die deutsche und europäische Syrien-Politik. Eine Teilnehmerin bemerkte: Geflüchtete würden derzeit als politische Waffe instrumentalisiert. Deshalb sei Solidarität mit Geflüchteten aus Kriegsgebieten wichtig. Ex-Bundespräsident Wulf habe auf dem Kirchentag 2019 gesagt: Er würde sich wünschen, dass wir im Jahr 2040 am 4. September den Tag feiern, an dem Merkel sagte, die Grenzen bleiben offen. Es wäre der 25. Jahrestag dieses Satzes. Samer al-Hakim meinte dazu: Er sehe alle Staaten in der Pflicht, sich für Frieden in Syrien einzusetzen, denn der Krieg sei schon lange internationalisiert. Besonders die EU dürfe sich nicht wegen der sogenannten Flüchtlingsfrage, z.B. von Seiten der Türkei erpressbar machen. Man dürfe nicht „business as usual“ machen. Deutschland und die EU könnten sehr wohl politischen Druck ausüben. Das gelte nicht nur für die Türkei, sondern auch für Russland und Iran. Syrien sei nie Priorität der deutschen Diplomatie gewesen. Wer be-

suche die Türkei derzeit? Der deutsche Innenminister, nicht der Außenminister – Deutschland betrachte die Syrienfrage also eher als innenpolitisches Problem, als Problem der Flüchtlingsabwehr. Die Politiker*innen wollten nur den Flüchtlingsdeal retten. Eine außenpolitische Strategie zu Syrien fehle. Samer al-Hakim wünsche sich, dass die Kanzlerin beim nächsten Besuch in der Region sage: Krieg darf sich nicht wiederholen.

Hier hakte die Moderatorin nach: Einmischung von außen sei ein wichtiges Thema. Einerseits gebe es eine Verantwortung dafür, einen positiven Beitrag zu leisten, andererseits stelle sich immer die Frage: Wo ist die Grenze der Einmischung? Wie können sich externe Akteur*innen ohne negative Auswirkungen auf den innersyrischen Prozess einmischen („do no harm“)? Auch das Stichwort Solidarität spiele eine Rolle. Es gebe in der deutschen Zivilgesellschaft und auch in der Friedensbewegung eine große Unsicherheit, welchen Quellen man vertrauen könne, mit welchen Gruppen man solidarisch sein dürfe und müsse, wen man unterstützen könne, z.B. auch im Rahmen von Projektarbeit, und wen nicht. Es gebe ein Denken in den Kategorien „Gut“ und „Böse“. Wie könne die deutsche Zivilgesellschaft, wie könnten wir damit umgehen? Für einen pazifistischen Verband wie den BSV sei z.B. auch wichtig zu fragen, wie gewaltfrei potentielle Partner*innen seien und ob sie selbst Gewalt praktizierten oder befürworteten. Darauf entgegnete Samer al-Hakim, dass es dieses Problem auch in Syrien gebe. Er könne nachvollziehen, dass das ein Problem sei. Es gebe sehr unterschiedliche regionale Situationen. Alle Gruppen, die Waffen getragen haben, hätten sich schuldig gemacht. Syrer*innen seien sich einig, dass alle Verantwortung trügen. Das Ausland habe die Dinge schlimmer gemacht, aber die Syrer*innen seien auch an der Eskalation beteiligt gewesen. Die Syrer*innen seien teilweise noch radikalisiert gewesen und hätten noch mehr Hass in sich getragen als die Akteur*innen aus dem Ausland, die sie unterstützt hätten. Deshalb sei Versöhnung unverzichtbar. Mariana Karkoutly schloss sich an. Sie identifiziere sich nicht mit der einen oder anderen Gruppe in Syrien. Auch für Adopt a Revolution sei das eine Herausforderung, weil sie keine militärischen Gruppen unterstützen wollten. Ihre Partner seien deshalb immer kleinere Gruppen. Es gebe immer weniger, die sie unterstützen könnten. Und Nauzat Khalil schloss mit der Forderung: Projekte für Frauen und Kinder seien wichtig, denn sie zahlten einen noch höheren Preis als die Männer. Es gebe in Rojava Dörfer, wo nur Frauen lebten, weil die Männer tot oder verhaftet worden seien. Diese Frauen müssten gestärkt werden.

Zum Abschluss des Gesprächs wurden zu der Frage „Was könnten die deutsche Zivilgesellschaft und deutsche Politik tun?“ einige mögliche Handlungsansätze gesammelt, die hier tabellarisch zusammengefasst sind:

Politische Arbeit:

- Die eigene militärische Verquickung anschauen und beenden
- Die Politik unserer politischen Partnerländer anschauen und ggf. Konsequenzen daraus ziehen, z.B. deutsche Panzer und Waffen, die die Türkei derzeit nutzt, um in die kurdischen Gebiete in Nordsyrien einzumarschieren, aus Syrien abziehen
- Druck auf die deutsche Politik ausüben, um Waffenproduktion und handel in Krisengebiete zu stoppen
- Druck ausüben auf unsere Politik, Syrien zu einem Schwerpunkt der deutschen Außenpolitik zu machen
- Aufhören, sich zum eigenen Vorteil einzumischen, damit wir hier in Luxus leben
- Als Friedensbewegung unseren kleinen Beitrag leisten und z.B. immer wieder auf der Ebene der Gewaltfreiheit Forderungen stellen.

Juristische Aspekte:

- Aufklärung von Kriegsverbrechen, z.B. im Rahmen der Arbeit des Bundeskriminalamts
- Bedingungen für geflüchtete Menschen erleichtern, z.B. für Kurd*innen, die hier oft als staatenlos gelten, weil sie keine syrischen Pässe haben, und deshalb nicht an Sprachkursen teilnehmen dürfen und keine Integrationsleistungen erhalten.

Arbeit im Kleinen:

- Arbeit von Flüchtlingsinitiativen unterstützen, Einsatz für Rechte von Geflüchteten
- Vernetzung von Geflüchteten fördern
- Versöhnungsräume und sichere Räume für Dialog schaffen
- Mehr Menschen aus Syrien statt „deutsche Nahostexpert*innen“ zu Tagungen über die Konfliktregion einladen
- Erfahrungen aus der feministischen Bewegung einbringen, z.B. in Bezug auf die Akzeptanz von Minderheiten
- Erfahrungen aus der deutschen Geschichte teilen und nutzen
- Vertrauensbildende Maßnahmen fördern, z.B. Projekte wie die von Nonviolent Peaceforce in Syrien
- Projekte, die den Prozess des Wiederaufbaus unterstützen, fördern
- Solidarität zeigen mit türkischen Menschenrechtsorganisationen und Journalist*innen, die gegen den völkerrechtswidrigen Einmarsch der Türkei in Nordsyrien und gegen die Vertreibung der Kurd*innen protestieren.

7. Folgerungen für die Friedens(-bildungs)arbeit Krischan Oberle

Das Fachgespräch hat deutlich gemacht, wie wichtig es ist, den Menschen, die aus Konfliktgebieten kommen, zuzuhören. In den Medien werden zumeist nur die Positionen führender Politiker*innen dargestellt oder bestenfalls die Äußerungen von (männlichen) Vorsitzenden bestimmter Exilorganisationen. Wenn man mit Menschen aus der Bevölkerung spricht, dann stellen sich die Dinge zum einen viel differenzierter dar, zum anderen wird viel verständlicher, wie zum Beispiel Oppositionelle zu bestimmten Positionen und Forderungen gelangen. In der Friedensbildung ist es wichtig, diesen Aspekt immer im Kopf zu behalten. Veranstaltungen wie unser Fachgespräch können auch leicht repliziert werden – von Bürgerinitiativen, Kirchengemeinden oder auch im Klassenverband in der Schule. Vorbedingung ist allein die Bereitschaft, sich auf Dialog einzulassen. Empathie und Verständnis oder auch kritische Nachfragen entstehen dann fast von alleine.



Besonders wertvoll ist die Auseinandersetzung mit entwicklungspolitischen Themen sind Perspektiven von betroffenen Personen. Sie sind authentisch, wecken Interesse und ermöglichen Teilnehmenden Zugänge, die über angelerntes Expert*innentum einer*eines Referent*in nicht vermittelbar sind. Gleichzeitig besteht bei der Verwendung von Betroffenenperspektiven die Herausforderung, einen allparteilichen, runden Gesamteindruck zu vermitteln. Diese Problematik wurde aus einzelnen kritischen Stimmen im Vorlauf der Veranstaltung deutlich. Allparteilichkeit stellt besonders hohe Anforderungen an Moderator*innen.

Für unsere friedensbildnerische Arbeit empfiehlt sich daraus, verstärkt mit Zitaten, Referent*innen mit Betroffenheit oder audiovisuellen Medien zu arbeiten. Diese Eindrücke aus erster Hand sind durch Moderation und Diskussion unbedingt zu kontextualisieren.

Anhang: Das Programm des Fachgesprächs

Fachgespräch:

Syrien zuhören - Zivilgesellschaft zwischen Krieg und Frieden

Termin: Samstag, 12. Oktober 2019, 10.30-17.00 h

Ort: DJH Jugendgästehaus Adolph Kolping, Silberstraße 24 – 26, Dortmund

Wie können wir den Krieg in Syrien verstehen? Welche Möglichkeiten gibt es, endlich Frieden zu schaffen? Was können wir von hier aus für die Menschen in Syrien tun? Und wie sehen das überhaupt die Menschen vor Ort? Syrien zuhören – diesen Titel wollen wir wörtlich nehmen und im Rahmen unseres Fachgesprächs drei Menschen zu Wort kommen lassen, die aus Syrien stammen und uns die Konflikte und mögliche Zukunftsperspektiven Syriens näherbringen werden. Mit ihnen wollen wir uns darüber austauschen, welche Möglichkeiten die syrische Zivilgesellschaft und die syrische Diaspora haben und wie die deutsche Zivilgesellschaft sie in ihrer Arbeit unterstützen kann. Das Fachgespräch richtet sich insbesondere an Multiplikator*innen aus dem Bildungsbereich, weitere Interessierte sind aber herzlich willkommen.

Programm

Uhrzeit	Thema	Referent*in
10.30	Begrüßung, Einführung	Elise Kopper (BSV)
11.00	Input: Wiederaufbau in Syrien	Samer al-Hakim, Adopt a Revolution
11.30	Input: Die Situation in Nordsyrien (Rojava)	Nauzat Khalil, Göttingen
12.00	Input: Die Rolle der Frauen	Mariana Karkoutly, Adopt a Revolution
12.30	Mittagspause	
13.15	Drei parallele Workshops mit den Referent*innen	
14.45	Pause	
15.00	Schlussgespräch: Was nehmen wir als deutsche Zivilgesellschaft mit?	Mit allen Referent*innen
16.30	Auswertung des Tages	
17.00	Ende	